CIA: Putin half Trump

FAS

v. 11.12.2016

Wahlbeeinflussung durch Cyberangriffe. Russen gaben auch erbeutete Bundestagsakten weiter

Die amerikanischen Geheimdienste sind mit „hoher Gewissheit“ zu dem Schluss gekommen, dass Russland verdeckt in den amerikanischen Wahlkampf eingegriffen hat, um Hillary Clinton zu schaden und Donald Trump zu helfen. Darüber berichteten am Samstag die beiden wichtigsten Zeitungen des Landes, die „New York Times“ und die „Washington Post“. Die CIA und andere Dienste gehen davon aus, dass russische Hacker nicht nur Daten aus der Parteizentrale der Demokraten gestohlen haben, sondern auch aus dem Hauptquartier der Republikaner. Während die Dokumente der Demokraten – darunter 20 000 Seiten E-Mails von Clintons Wahlkampfchef – wohllosiert auf der Plattform Wikileaks veröffentlicht wurden, behielten die Angreifer das von den Republikanern erbeutete Material unter Verschluss.

Die amerikanischen Dienste machen für die Angriffe zwei russische Cyberkampagnen verantwortlich, die vom Kreml gesteuert werden. Sie heißen kurz APT 28 und 29. Die Abkürzung steht für „Advanced Persistent Threat“, fortgeschrittene und andauernde Bedrohung. Die Kampagne APT 28 wird von deutschen Sicherheitsbehörden auch für den Angriff auf das Netz des Bundestags im Frühjahr 2015 verantwortlich gemacht, bei dem eine große Datenmenge abgegriffen wurde.

Die Bewertung der amerikanischen Dienste taucht den zurückliegenden

Wahlkampf in ein neues Licht. Möglich, wahrscheinlich gar ist nun dieses Szenario: Der russische Präsident Wladimir Putin lieferte dem Kandidaten Trump über die Seite Wikileaks Munition, um die Integrität Clintons zu untergraben. So hatte sie bei internen Vorträgen vor Wall-Street-Managern für Freihandel geworben, während sie sich als Kandidatin viel kritischer äußerte. Trumps Team verwendete diese Dokumente in seiner Internetkampagne, um eigene Anhänger zu mobilisieren und Clinton-Wähler zu entmutigen. Putin hätte vermutlich Trump ebenso schaden oder den gesamten Wahlprozess unterminieren können. Stattdessen schlug er sich auf die Seite des Kandidaten, der ihn mit Lobpreisungen überhäufte.

Trump weist diese Darstellung zurück. Hackerangriffe könnten von Russland, China oder „irgendeinem Typen in New Jersey“ ausgegangen sein, sagte er diese Woche dem „Time Magazine“. Hingegen ordnete der scheidende Präsident Obama am Freitag eine tiefergehende Untersuchung der Vorfälle bis zum Amtswechsel an.

Deutsche Geheimdienste teilen die Einschätzung der Amerikaner. Die Vorfälle im amerikanischen Wahlkampf sind ein wichtiger Grund, warum sie vor der Bundestagswahl nun ihre Sorgen offenlegen. Sie sehen sogar schon einen ersten Parallelfall in Deutschland. So soll Russland hinter der Veröffentli-

chung von mehr als 2400 geheimen Akten aus dem NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestags stecken. „Es gibt eine hohe Plausibilität, dass die veröffentlichten Akten aus dem Cyberangriff Russlands auf den Bundestag im Frühjahr 2015 stammen“, sagte ein hoher Sicherheitsbeamter dieser Zeitung. Die Akten waren vor zwei Wochen von Wikileaks ins Internet gestellt worden. Sie stammen aus der Zeit zwischen dem Frühjahr 2014 und dem Januar 2015 und waren auf einem Server der Bundestagsverwaltung abgespeichert. Abgeordnete des Ausschusses konnten darauf zugreifen. Die Akten unterlagen zum großen Teil der geringsten Geheimhaltungsstufe „Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch“.

Die Tatsache, dass keine anderen Akten und insbesondere keine aus dem Zeitraum nach dem Januar 2015 veröffentlicht wurden, spricht nach Ansicht der Sicherheitskreise dafür, dass die Unterlagen aus dem Cyberangriff auf den Bundestag im Frühjahr 2015 stammen. Obwohl bis heute weiter Akten aus dem Kanzleramt, dem Bundesnachrichtendienst und dem Bundesamt für Verfassungsschutz an den Ausschuss geliefert werden, ist keine Akte, die nach dem Januar 2015 digitalisiert wurde, über Wikileaks veröffentlicht worden. Als unwahrscheinlich gilt, dass die Akten aus einem Abgeordnetenbüro im Bundestag weitergegeben wurden. Dann wäre versucht

worden, auch möglichst „frische“ Akten zu veröffentlichen, heißt es. Der NSA-Ausschuss untersucht die Affäre um die massenhafte Datenüberwachung des amerikanischen Geheimdienstes NSA und die Rolle des BND.

In Amerika haben die Dienste schon Wochen vor der Präsidentenwahl auf Gefahren durch russische Einflussnahme hingewiesen. Eingeweiht wurden zunächst das Weiße Haus, später ausgewählte Kongressabgeordnete. Die Regierung schreckte jedoch vor Gegenattacken auf Russland zurück, wie die „Washington Post“ berichtet. Außerdem waren Demokraten und Republikaner uneins in der Bewertung der Gefahren. Mehrere Abgeordnete haben die Regierung inzwischen aufgefordert, eingestufte Briefings für die Öffentlichkeit freizugeben.

In Deutschland wurden der BND und der Verfassungsschutz nach dem „Fall Lisa“ im Frühjahr beauftragt, die Bedrohung durch russische Cyberangriffe und Desinformationen zu bewerten. Der Bericht der Dienste soll nach Informationen dieser Zeitung Anfang kommenden Jahres teilweise veröffentlicht werden. Dann will die Bundesregierung entscheiden, wie sie gegen die Bedrohung vorgeht. Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen hatte vor wenigen Tagen gesagt, durch Cyberattacken erbeutete Informationen könnten „im Wahlkampf auftauchen, um deutsche Politiker zu diskreditieren“.

elo./mwe./T.G.